



## «Win-win» in der Wirtschaft

Zum Artikel «Der Optimismus  
erstaunt mich».

Ausgabe vom 4. März.

Dem Direktor der Aargauischen Industrie- und Handelskammer soll das Jammern nicht nachgesehen werden. Es gehört zum Berufsbild der Verbandsvertreter, den Zustand ihrer Klientel so erbarmungswürdig wie möglich darzustellen, um Forderungen umso besser zu verargumentieren. Doch die Formulierungen von Beat Bechtold, dass «die Situation aus Arbeitgebersicht sich markant verschlechtert habe» und dafür die Arbeitnehmer «in einer guten Position» seien, dürfen nicht unwidersprochen bleiben.

So schlecht ging es den Arbeitgebern also schon bisher und jetzt ist alles noch schlimmer? Die CS schreibt Ende 2021 in der Studie zum Wirtschaftsstandort Aargau: «Unser Kanton gehört zu den attraktivsten Standorten der Schweiz für Unternehmen.» Ohne «gute Position» der Arbeitnehmerinnen kann es nie zu einer «Win-win»-Situation für die Wirtschaft kommen.

Die Tatsache, dass sich Arbeitnehmer unterdessen in einer «besseren Position» befinden, stabilisiert die Wirtschaft dank höherer Kaufkraft und vermindert die Belastun-

gen durch steigende Krankenkassenprämien und Mieten. Dazu kommt, dass die seit Jahrzehnten wachsende Ungleichheit zwischen den Lohnempfängerinnen und den obersten Einkommensschichten, welche sich hoher Kapitaleinkommen erfreuen, reduziert wird.

In Anbetracht von 15000 Grenzgängerinnen erstaunt es, dass die Arbeitgeberschaft die Attraktivität des Aargaus für einheimische Arbeitnehmerinnen eher hintertreibt, dafür jedoch «über die Landesgrenzen hinausschaut».

Im Aargau liegt für Angestellte die Einkommenssteuer über dem Schweizer Durchschnitt. Die Unternehmenssteuern liegen darunter. Die Stipendien liegen im Aargau mit 4000 Franken weit unter dem Schweizer Durchschnitt von 7500 Franken. So bekämpft man den Mangel an Fachkräften nicht – nur ein kleinerer Teil der Stipendien finanzieren Universitätsstudien. Bei den Krankenkassenverbilligungen liegt der Aargau am Ende der Rangliste.

Der Industrie- und Handelskammer würde es wohl anstehen, selbst mehr gegen die «markante Verschlechterung» ihrer Situation zu unternehmen, als den Arbeitnehmerinnen zu neiden, was ihnen zusteht.

Hans-Ruedi Hertig, Strengelbach